

L-1 Für eine offene und solidarische Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand, Tabea Rößner (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Dr. Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Anne Spiegel (KV Speyer)

Für eine offene und solidarische Gesellschaft – gegen den Hass

1 Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten werden immer lauter, in Europa und den
2 USA zeichnet sich ein rasanter politischer Wandel ab. Weg von den
3 Errungenschaften der Aufklärung, der Freiheit, Gleichberechtigung und
4 Demokratie. Mit Nationalismus, Rassismus, Populismus statt Fakten haben
5 diejenigen Konjunktur, die mit Hass, Vorurteil und Gewalt emotionale
6 Stimmungsmache betreiben. Ein Jahr vor der Bundestagswahl muss das mehr als ein
7 Weckruf für uns sein: Es ist ein Fanal der Bedrohung für die Gesellschaft, in
8 der wir leben. Wir werden uns entschieden und mit aller Kraft gegen das wehren,
9 was in den USA, Europa, Deutschland und Rheinland-Pfalz aufzieht. Es gilt für
10 uns GRÜNE, für die demokratischen Parteien in Deutschland, ebenso wie für die
11 vielen aufgeklärten und liberalen Menschen in unserer Gesellschaft: Wir werden
12 die Errungenschaften unserer offenen und solidarischen Gesellschaft verteidigen!

13 Die Populistinnen und Populisten bauen ihren Erfolg auf Ängste und Vorbehalte
14 gegenüber aktuellen politischen Herausforderungen auf. Aber es gibt auch
15 fundamentale Ablehnung von Politikerinnen und Politikern, Medienvertreterinnen
16 und -vertretern, von Regierungen und vielen anderen staatlichen und
17 gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Angst ist aber der perfekte
18 Nährboden für deren rechtspolitisches und letztendlich rechtsextremes Saatgut.
19 Die AfD hat sich diese Entwicklung zu Nutze gemacht. Sie schwimmt auf einer
20 Welle von Vorurteilen, Emotionen, Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und Pseudo-
21 Fakten. Sie hetzt gegen Minderheiten, das angeblich korrupte System, die so
22 diffamierte ‚Lügenpresse‘ und das ‚linksgrünversiffte‘ Establishment. Damit hat
23 sie es geschafft, in zehn Landtage einzuziehen und sich dort teilweise als
24 drittstärkste Fraktion zu etablieren.

25 In Rheinland-Pfalz leben hunderttausende Menschen aus unterschiedlichsten
26 Ländern schon lange friedlich und glücklich zusammen. Wir dürfen aber die Augen
27 nicht davor verschließen, dass die AfD mit ihren Parolen auch bei uns verfängt.
28 Sie sorgt für den Nährboden, auf dem rechte Gewalttaten keimen. Bundesweit, aber
29 auch in Rheinland-Pfalz, haben im letzten Jahr die Zahlen rechter Straftaten
30 enorm zugenommen. Es ist alarmierend, dass die Zahl der von Rechtsextremen
31 verübten Straftaten in Rheinland-Pfalz von 2014 auf 2015 um 180 auf 701 stark
32 gestiegen ist. Dass Menschen, deren Aussehen eine andere Herkunft vermuten
33 lassen könnte, inzwischen wieder in Deutschland Angst haben müssen vor rechten
34 Gewalttaten, ist für uns alle beschämend.

35 Auch hier in Rheinland-Pfalz hat sich das bei der vergangenen Landtagswahl
36 gezeigt. 268.628 Wählerinnen und Wähler haben der AfD ihre Zweitstimme gegeben.
37 Sie ist nun drittstärkste Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag. Ihre Arbeit
38 im Landtag zeigt jedoch: Dieser Partei ist es überhaupt nicht daran gelegen,
39 einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Auch Fakten interessieren sie nicht. Sie
40 konzentriert sich allein auf das Schüren von Ängsten und Ressentiments. Die AfD

41 erzeugt negative Stimmungen und Gefühle in dem sie Minderheiten angreift. Sie
42 unterstellt pauschal Flüchtlinge kriminelle Absichten, sie will alle Kinder zum
43 morgendlichen Fahnenappell antreten lassen und hält Kindertagesstätten für
44 Indoktrinationsanstalten für Kinder. Sie will den verhassten öffentlich-
45 rechtlichen Rundfunk und die Medienvielfalt abschaffen, eine Gebärquote für
46 Frauen in das Grundgesetz schreiben oder Homosexualität wieder verpönen. Viele
47 der Forderungen aus den Reihen der AfD sind mit unseren Grundwerten und auch mit
48 unserem Grundgesetz nur schwer oder gar nicht vereinbar. Gleichzeitig
49 überschreitet die AfD in ihren Verlautbarungen regelmäßig die Grenzen des
50 demokratischen Diskursverhaltens und betreibt eine Verrohung der Sprache.

51 Einwanderungspolitik ist aber längst nicht das einzige Thema für
52 Rechtspopulistinnen und -populisten. Die AfD will die Lebensverhältnisse jedes
53 und jeder einzelnen reglementieren und die freie Entfaltung des Individuums
54 beschneiden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wurde hier in Partei
55 gegossen. Für sie spielt es eine Rolle, woher Du kommst, welche Religion, welche
56 Hautfarbe, welche sexuelle Orientierung oder Identität Du hast und ob Du eine
57 Frau oder ein Mann bist. Allein aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten
58 gesellschaftlichen Gruppe begründet die AfD eine ungleichwertige Behandlung
59 durch politische Rahmensetzungen. Diese Ideologie der Ungleichwertigkeit von
60 Menschen und das Auspielen gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander bedroht
61 unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

62 Aber noch etwas macht uns Sorge: Die AfD hat es weitgehend geschafft sich von
63 der bisher üblichen Mediennutzung der Menschen unabhängig zu machen. Sie ist
64 nicht angewiesen auf Sendezeit im Fernsehen, im Rundfunk oder Bilder in der
65 Zeitung. Sie nutzt zielgenau soziale Medien und rechte Netzwerke vor Ort um ihre
66 Hassparolen zu den Menschen zu bringen. Sie geht sogar noch weiter: Niemand
67 anderes geht so radikal gegen Presse und Journalistinnen und Journalisten vor.
68 Die AfD will so genannte ‚Systemmedien und Lügenpresse‘ einschüchtern, ihre
69 Legitimation untergraben, die Glaubwürdigkeit von einzelnen Medien oder
70 Journalistinnen und Journalisten herabsetzen. Ungezügelter Hetze in sozialen
71 Medien, neue rechte Akteure wie der Compact-Verlag oder das vom Kreml
72 finanzierte Russia Today Deutschland verbreiten dies in einer Deutlichkeit und
73 Reichweite, wie wir das aus dem vergangenen US-Präsidentenwahlkampf aus den USA
74 gelernt haben. Ihr Ziel ist eine gleichgeschaltete Medienlandschaft, die einer
75 Ideologie folgend Meinungsmache betreibt. Das heißt: Die AfD verfolgt kein
76 anderes Ziel als die Abschaffung der Pressefreiheit in Deutschland.

77 Der Umgang mit der AfD stellt nicht nur für uns GRÜNE und alle demokratische
78 Parteien, sondern auch für die Medien eine besondere Herausforderung dar. Es
79 gilt, sich mit ihr gezielt auseinanderzusetzen, ohne ihnen jedoch eine Plattform
80 für plumpe Hetze und Propaganda zu bieten. Dabei müssen wir uns alle immer
81 wieder bewusst machen: Die AfD ist keine übliche demokratische Partei. Sie nutzt
82 gezielt rechte und populistische Argumentationen, die tiefgreifend offen gelegt
83 werden müssen. Wir brauchen in der Politik und in den Medien eine
84 Auseinandersetzung über die inhaltlichen Ziele der AfD und deren Folgen für
85 unsere Gesellschaft.

86 Wir müssen damit umgehen und daraus lernen, dass die Rechtspopulistinnen und -
87 populistinnen von allen Gesellschafts- und Bildungsschichten gewählt werden können.
88 Es wäre falsch, alle ihre Wählerinnen und Wähler unter einen rechten
89 Generalverdacht zu stellen. Jedem, der bei den vergangenen Wahlen Parteien wie
90 der AfD seine oder ihre Stimme gab, muss aber bewusst sein: Er oder sie hat eine

91 Partei gewählt, die unser demokratisches System und unsere freiheitlichen
92 Grundwerte angreift und in ihren Grundfesten verändern will.

93 Letztlich geht die Entstehung der AfD auch auf den Unmut vieler mit den Parteien
94 zurück. Selbstkritisch müssen sich alle die Frage stellen, wer etwas dazu
95 beigetragen hat, dass die AfD bei Wahlen so erfolgreich sein kann. Politik
96 verfällt oft ins Dozieren, wo eigentlich Argumente entlang menschlicher
97 Erfahrungen und Empathie gefragt wären. Politikerinnen und Politiker verweisen
98 gerne auf das Grundgesetz, aber erklären nicht, warum etwas richtig oder falsch
99 ist. Mit unseren GRÜNEN Inhalten sind wir die zentrale Zielscheibe dieser neuen
100 Rechten. Wenn wir ernsthaft über Sorgen und Nöte mit Menschen sprechen möchten,
101 wenn wir die Spaltung der Gesellschaft nicht unbewusst noch vertiefen wollen,
102 dann müssen wir, aber auch alle anderen demokratischen Parteien sich
103 hinterfragen. Denn ernsthaft über Sorgen und Nöte sprechen heißt, die Menschen
104 auch ernst zu nehmen. Ernstnehmen bedeutet aber nicht rechte Ressentiments zu
105 akzeptieren, sondern auf die Probleme zu reagieren. Das muss uns besser gelingen
106 als es in der Vergangenheit der Fall war. Alle demokratischen Parteien müssen
107 überlegen, wie sie ihre Haltung gegenüber allen Menschen besser, positiver und
108 optimistischer zum Ausdruck bringen können

109 Aber wir dürfen jetzt nicht darin verharren, uns nur selbst zu hinterfragen. Wir
110 müssen schnellstmöglich vereinbaren, wie wir mit den Menschen in den Dialog
111 treten. Und es dann auch konsequent tun.

112 Wenn wir für Vertrauen in unsere Demokratie werben wollen, müssen wir dies dort
113 tun, wo die Gesellschaft zusammen kommt. Dann dürfen wir nicht in unseren
114 eigenen Strukturen verhaftet bleiben. Wir GRÜNE wollen uns dort stärker
115 einbringen, wo die Menschen sind.

116 Auch unser Wahlkampf wird sich auf die neuen politischen Entwicklungen
117 einstellen müssen. Im Bundestagswahlkampf 2017 werden wir Grüne zeigen, dass wir
118 bereit sind für die offene und solidarische Gesellschaft zu kämpfen und mit
119 unseren Argumenten zu überzeugen. Aber ebenso sind wir bereit, uns auf andere
120 Perspektiven einzulassen.

121 Es ist aber nicht nur eine Frage des Umgangs miteinander, wir müssen auch am
122 gesunkenen Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik arbeiten. Die
123 soziale Ungleichheit in Deutschland wird immer größer, der Klimawandel schreitet
124 ungebremst fort und der demografische Wandel stellt uns vor riesige
125 Herausforderungen auf unterschiedlichsten Politikgebieten. Aber immer mehr
126 Menschen trauen es keiner Partei mehr zu, diese Probleme auch lösen zu können.
127 Auch das ist ein Nährboden für Parteien und Politikerinnen und Politiker, die
128 mit scheinbar einfachen Lösungen den Menschen vorgaukeln etwas bewegen zu
129 können. Es ist unsere Aufgabe diese komplexen Herausforderungen anzunehmen und
130 neben einer optimistischen Haltung auch verständliche politische Projekte zu
131 entwickeln die zeigen, wie wir Rheinland-Pfalz und Deutschland in Zukunft
132 gestalten wollen. Die Menschen müssen sich hinter unseren Ideen versammeln
133 können, weil sie uns vertrauen, dass wir die Probleme im Griff haben.

134 Wir wollen in unserem Land mehr Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche
135 erreichen. Wie wir das in den KiTas, Schulen oder Universitäten erreichen
136 wollen, das wollen wir besser darstellen. Wir wollen eine gerechtere
137 Vermögensverteilung und einen leistungsfähigen Staat erreichen. Mit welchen
138 Methoden wir das erreichen, müssen wir viel besser erklären als bisher. Wir
139 wollen Deutschland wieder zum Vorreiter im Klimaschutz machen. Warum und wie wir

140 das schaffen, welchen Beitrag wer dazu leisten soll, das ist unsere
141 Herausforderung zu erklären. Das zeigt, es geht nicht darum GRÜNE Positionen
142 aufzugeben - im Gegenteil. Wir sind überzeugt, unsere Ideen und Visionen sind
143 genau heute gefragt, um die Probleme von morgen zu lösen. Aber wir müssen –
144 gemeinsam mit allen anderen demokratischen Parteien – besser darin werden
145 Positionen zuzuspitzen, lebenswirklich und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und
146 Bürgern darzustellen und zu zeigen, dass wir damit ein gerechteres, ein
147 ökologischeres und besseres Land schaffen können.

148 Wir wollen aber differenzieren: Den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir ein
149 überzeugendes Angebot machen, wie wir gemeinsam die Zukunft von Rheinland-Pfalz
150 gestalten möchten. Das gilt aber nicht für den harten Kern der Rassistinnen und
151 Rassisten, deren erklärtes Ziel der Umsturz unserer gesellschaftlichen Ordnung
152 ist, die Unterdrückung und Ausgrenzung von Minderheiten als Ziel ausgegeben
153 haben. Gegen solche Menschen werden wir uns heute und morgen, zu jeder Tageszeit
154 mit aller Kraft entgegenstellen. Kein Fußbreit den Rassisten in unserer
155 Gesellschaft! Das ist unsere Grundüberzeugung, hinter der wir uns alle, GRÜNE,
156 aber auch Verbände, Gewerkschaften, Kirchen und Vereine versammeln. Um diesen
157 Menschen zu begegnen, brauchen wir auch eine umfangreiche gesellschaftliche
158 Prävention. Mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage, Bildungsprojekten gegen
159 Rechts und Konzepten gegen Radikalisierung stärken wir den
160 zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Rassismus und Unterdrückung. Wir werden
161 die AussteigerInnenprogramme für Rechtsextreme weiter unterstützen, die
162 Sozialarbeit in den Kommunen und an den Schulen stärken und die kulturelle
163 Öffnung in allen Bereichen der Gesellschaft vorantreiben.

164 Wir GRÜNE wollen eine offene und solidarische Gesellschaft. Wir setzen uns für
165 eine Gesellschaft ein, die auf die Freiheit des Individuums setzt und auf
166 Solidarität für diejenigen, die Unterstützung bedürfen. Es waren die neuen
167 sozialen Bewegungen und die GRÜNEN, die für viele Freiheiten erfolgreich
168 gestritten haben und auch weiter streiten werden: Gleichberechtigung von Frauen
169 und Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Selbstbestimmung für Menschen
170 mit Behinderung, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, gleiche
171 Rechte und Akzeptanz für sexuelle Vielfalt, Eintreten für gesellschaftliche
172 Minderheiten.

173
174 Die Aufgabe, die Spaltung der Gesellschaft wieder zu überwinden und das weitere
175 Durchdringen der Rechtspopulistinnen und -populisten zu stoppen, ist eine
176 größere Aufgabe als der Gewinn der kommenden Bundestagswahl. Aus den USA wissen
177 wir aber, welches Desaster ein Hasswahlkampf wie der von Trump in einer
178 Gesellschaft anrichten kann. Daher werden wir uns mit aller Kraft dafür
179 einsetzen, dem Hass und der Ausgrenzung Mut und Haltung entgegenzusetzen. Wir
180 wollen diejenigen sein, die sich schützend vor Menschen stellen, die Angst vor
181 Übergriffen oder Ausgrenzung haben. Für diese Werte werden wir im anstehenden
182 Bundestagswahlkampf auf die Straße gehen. Wir scheuen nicht die
183 Auseinandersetzung mit den Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten, aber wir
184 werden sie auf Grundlage unserer eigenen Werte führen. Denn letztlich geht es um
185 ein einziges großes Ziel: Um den Fortbestand unserer offenen lebendigen
186 Demokratie und freiheitlichen Werteordnung.

Begründung

(Hinweis: Der Antrag ist eine Weiterentwicklung des von der LDV in Montabaur vertagten Antrags A-2 "Für eine offene und solidarische Gesellschaft – Rechtspopulismus entschieden entgegentreten.")

Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Siggie Hardieß (KV Westerwald), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Brian Huck (KV Mainz), Ingrid Bäumlner (KV Mayen-Koblenz), Christian Viering (KV Mainz), Janosch Littig (KV Mainz), David Tondera (KV Koblenz), Eberhard Wolf (KV Mainz-Bingen), Pia Werner (KV Bad Dürkheim), Daniel Köbler (KV Mainz), Irmel Münch-Weinmann (KV Speyer), Katrin Donath (KV Altenkirchen), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler)